

# Österreichs globale Verantwortung in einer vernetzten Welt

**FORDERUNGEN DER AG GLOBALE VERANTWORTUNG  
ZUR NATIONALRATSWAHL 2024  27.05.2024**

## Impressum

Die **AG GLOBALE VERANTWORTUNG** ist der Dachverband von 36 österreichischen Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe sowie entwicklungspolitischer Inlandsarbeit und Bildung. Unsere Mitgliedsorganisationen führen jährlich 1.000 Projekte in über 120 Ländern der Welt durch und tragen zu einem menschenwürdigen Leben für alle auf einem gesunden Planeten bei.

### Herausgeberin

Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

**BÜRO** Apollogasse 4/9, 1070 Wien **TELEFON** +43 1 522 44 22–0

**EMAIL** [office@globaleverantwortung.at](mailto:office@globaleverantwortung.at) **WEBSITE** [www.globaleverantwortung.at](http://www.globaleverantwortung.at)

**FACEBOOK** [globaleverantwortung](https://www.facebook.com/globaleverantwortung) **LINKEDIN** [globaleverantwortung](https://www.linkedin.com/company/globaleverantwortung)



Die Welt hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert: Konflikte und Kriege, die Klimakrise, Gesundheits- und Schuldenkrisen, zunehmender Hunger, steigende Ungleichheiten und Armut verstärken sich gegenseitig und bedrohen das Wohlergehen unzähliger Menschen, insbesondere in Ländern des Globalen Südens. Mehr als eine Milliarde Menschen<sup>1</sup> gelten als multidimensional arm, und 300 Mio. Menschen<sup>2</sup> sind derzeit auf Humanitäre Hilfe angewiesen. Multiple Krisen destabilisieren ganze Weltregionen und stellen auch Österreich vor zahlreiche neue Herausforderungen.

Die letzten Jahre haben aber auch gezeigt, dass entwicklungspolitische Maßnahmen treffsicher und wirksam dazu beitragen, diesen Krisen vorzubeugen, sie einzudämmen und zu bewältigen. Voraussetzung dafür ist, dass **wohlhabende Länder wie Österreich ihrer globalen Verantwortung in einer vernetzten Welt nachkommen und in nachhaltige Entwicklung investieren, wofür vielen armen und fragilen Ländern die finanziellen Mittel fehlen.** In wenigen Monaten tragen diese Verantwortung der nächste Nationalrat und die künftige österreichische Bundesregierung. Werden sie Österreichs Fortschritte in der internationalen Entwicklung und Humanitären Hilfe der letzten Jahre weiter ausbauen, um ein menschenwürdiges Leben für alle auf einem gesunden Planeten zu ermöglichen? Die Antwort kann nur ja lauten, wenn ihnen daran gelegen ist, Armut und Hunger weltweit nachhaltig zu bekämpfen. Wenn ihnen daran gelegen ist, dass alle Kinder eine hochwertige Bildung erhalten und alle Menschen Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Und wenn ihnen daran gelegen ist, dass Menschen in Ländern des Globalen Südens widerstandsfähiger auf die Auswirkungen der Klimakrise und anderer multipler Krisen reagieren können. Damit wir alle in einer stabileren Welt leben.

**In Anbetracht der derzeitigen Herausforderungen fordern wir die nächste Bundesregierung und die Abgeordneten zum Nationalrat dazu auf, eine zukunftsorientierte Entwicklungspolitik voranzutreiben, und machen konkrete Vorschläge, wie das gelingen kann.**

## Inhaltsverzeichnis

|   |   |
|---|---|
| Prinzipientreue und bedarfsgerechte Humanitäre Hilfe sicherstellen..... | 3 |
| Mit Entwicklungspolitik für mehr Stabilität in der Welt sorgen.....     | 4 |
| Klimagerechtigkeit als globale Verantwortung priorisieren.....          | 5 |
| Demokratie fördern und Zivilgesellschaft stärken.....                   | 7 |

1 Multidimensionale Armut berücksichtigt den Zugang zu Gesundheitsversorgung (inklusive Ernährungssicherheit) und Bildung sowie den Lebensstandard der Einwohner\*innen eines Landes. Siehe Reliefweb (11.07.2023): Global Multidimensional Poverty Index 2023 – Unstacking global poverty: Data for high impact action. Abgerufen unter: <https://reliefweb.int/report/world/global-multidimensional-poverty-index-2023-unstacking-global-poverty-data-high-impact-action>, Zugriff am 23.05.2024

2 Reliefweb (12.02.2024): The Commission announces initial humanitarian aid of €1.8 billion for 2024. Abgerufen unter: <https://reliefweb.int/report/world/commission-announces-initial-humanitarian-aid-eu18-billion-2024>, Zugriff am 23.05.2024



## Prinzipientreue und bedarfsgerechte Humanitäre Hilfe sicherstellen

Die steigende Zahl humanitärer Krisen droht ganze Länder sowie Regionen zu destabilisieren und vergrößert die Kluft zwischen humanitärem Bedarf und Ressourcen. Zuletzt waren etwa 300 Mio. Menschen auf Humanitäre Hilfe angewiesen, doch wurden nur 40% des gesamten humanitären Finanzierungsbedarfs gedeckt.<sup>3</sup> 60% der weltweit 114 Millionen geflüchteten und intern vertriebenen Menschen befinden sich in Ländern, in denen die Klimakrise die Lebensgrundlagen der Bevölkerung bedroht.<sup>4</sup> Etwa in Somalia, wo Humanitäre Hilfe im Jahr 2023 eine Hungersnot vorerst verhinderte und dadurch unzählige Menschenleben rettete. Akteur\*innen der Humanitären Hilfe sind dabei gefragt, Präventionsmaßnahmen sowie Einsätze so lokal wie möglich und international wie nötig zu gestalten. Denn lokale Organisationen sind vor Ort, bevor internationale Hilfe eintrifft.

→ *Wir fordern die künftige österreichische Bundesregierung sowie die Abgeordneten zum Nationalrat dazu auf, sich entschieden für Humanitäre Hilfe sowie weltweite Katastrophenprävention einzusetzen. Es ist unabdingbar, dass Österreich seine Ressourcen und Bemühungen verstärkt, um effektiv auf akute Notlagen reagieren, das Leben von Menschen schützen und langfristig ihre Sicherheit gewährleisten zu können.*

### Was Sie als Politiker\*in konkret tun können:

#### ○ Das Humanitäre Völkerrecht stärken und weiterentwickeln

Die Förderung und Überwachung des humanitären Völkerrechts sowie der Schutz des humanitären Raums sind entscheidend, um Menschen in bewaffneten Konflikten zu schützen, Humanitäre Hilfe leisten zu können und um eine sichere Umgebung für Entwicklung zu schaffen. Daher muss die Einhaltung des Humanitären Völkerrechts ein Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik bleiben.

#### ○ Die österreichische Humanitäre Hilfe konsequent ausbauen

Österreich hat seit Herbst 2023 erstmals eine eigene Strategie für Humanitäre Hilfe. Diese zeichnet sich durch ein vorausschauendes, präventives und umfassendes Verständnis von Humanitärer Hilfe aus. Sie schafft die Grundlage, um auf immer länger andauernde Konflikte und Krisen reagieren und beispielsweise ergänzende Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit leisten zu können (HDP-Nexus<sup>5</sup>). Angesichts der sich gegenseitig verstärkenden multiplen Krisen ist es wesentlich, keine kostbare Zeit zu verlieren und die Humanitäre Hilfe Österreichs gemäß der Strategie konsequent umzusetzen und aufzuwerten. Dazu gehören eine bessere Planbarkeit, schnellere Abwicklung, Förderung von innovativen Zugängen, die gezielte Berücksichtigung der Bedürfnisse von vulnerablen Gruppen<sup>6</sup> sowie ausreichende Ressourcen, einschließlich finanzieller Mittel.

<sup>3</sup> European Humanitarian Forum (März 2024): Addressing the Global Humanitarian Funding Gap. Abgerufen unter: <https://europeanhumanitarianforum.eu/files/system-files/EHF-2024-Addressing-the-Global-Humanitarian-Funding-Gap.pdf>, Zugriff am 23.05.2024

<sup>4</sup> UNHCR (Mai 2024): Climate crisis fuels flooding and deepens displacement. Abgerufen unter: <https://www.unhcr.org/news/stories/climate-crisis-fuels-flooding-and-deepens-displacement>, Zugriff am 23.05.2024

<sup>5</sup> Der HDP-Nexus verbindet Humanitäre Hilfe (Humanitarian Aid), Entwicklungszusammenarbeit (Development) und Friedensarbeit (Peace) und regt zu einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen Regierungen, internationalen Organisationen, NGOs und lokalen Gemeinschaften an.

<sup>6</sup> Der Fokus soll dabei speziell auf Kindern und Jugendlichen liegen, sowie auf Personen, die zum Beispiel aufgrund von Behinderungen, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität bzw. ihrer Zugehörigkeit zu einer Minderheit von mehrfacher (intersektionaler) Diskriminierung betroffen sind.



## Österreichs globale Verantwortung in einer vernetzten Welt

### ○ **Mit dem Auslandskatastrophenfonds auf kurz- und langfristige Krisen reagieren**

Um adäquat auf vermehrte langanhaltende Krisen reagieren zu können, sollte ein Großteil der Mittel des Auslandskatastrophenfonds im Sinne der Planbarkeit bereits im ersten Quartal eines Jahres für langfristige humanitäre Maßnahmen beschlossen werden. Mit den verbleibenden Mitteln soll flexibel und schnell auf akute Krisensituationen reagiert werden, zum Beispiel auf Überschwemmungen und andere Auswirkungen der Klimakrise, oder auf bewaffnete Konflikte. Die Umsetzung erfolgt entsprechend der *Strategie der Humanitären Hilfe Österreichs*.

### ○ **Den Auslandskatastrophenfonds bis 2030 schrittweise auf 200 Mio. Euro aufstocken**

Um angemessen auf den weltweit gestiegenen humanitären Bedarf finanziell reagieren zu können, ist Österreich gefordert, den Auslandskatastrophenfonds jährlich um 20 Mio. Euro zu erhöhen, sodass er ab 2030 mit 200 Mio. Euro ausgestattet ist.

## Mit Entwicklungspolitik für mehr Stabilität in der Welt sorgen

In Zeiten multipler Krisen ist das internationale Engagement Österreichs von entscheidender Bedeutung, zumal sich der Staat dazu verpflichtet hat, die Agenda 2030 und ihre 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) umzusetzen. Neben der Humanitären Hilfe, die in akuten Krisensituationen das Überleben von notleidenden Menschen sichert, wirkt langfristige Entwicklungszusammenarbeit (EZA) dreifach gegen multiple Krisen: Sie trägt beispielsweise dazu bei, Hungerkrisen vorzubeugen, Pandemien einzudämmen und Auswirkungen der Klimakrise zu bewältigen. Gleichzeitig machen multiple Krisen nicht vor nationalen Grenzen oder Kontinenten halt. Daher sind Investitionen in Entwicklungszusammenarbeit und weitere Maßnahmen der internationalen Entwicklung, die langfristig zur Stabilisierung von armen und fragilen Ländern beitragen, auch im Interesse Österreichs.

→ ***Wir fordern die künftige österreichische Bundesregierung sowie die Abgeordneten zum Nationalrat dazu auf, Entwicklungszusammenarbeit und weitere Maßnahmen der internationalen Entwicklung verlässlich zu unterstützen. Sowohl durch verbesserte Rahmenbedingungen, zusätzliche Mittel als auch durch kohärente und glaubwürdige Politiken, die weltweit nachhaltige Entwicklung fördern.***

### **Was Sie als Politiker\*in konkret tun können:**

#### ○ **Ein EZA-Finanzierungsgesetz verabschieden**

Für eine zukunftsorientierte Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ist ein EZA-Finanzierungsgesetz nötig, das Verlässlichkeit für die Planung und Umsetzung der direkten Projekthilfe schafft sowie ihre Wirksamkeit und die Transparenz in den Finanzflüssen fördert, um Lebensbedingungen in Ländern des Globalen Südens nachhaltig zu verbessern und Armut sowie Hunger zu bekämpfen.



## Österreichs globale Verantwortung in einer vernetzten Welt

### ○ Kohärent und glaubwürdig nachhaltige Entwicklung ermöglichen

Eine wichtige Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben für alle auf einem gesunden Planeten ist, dass alle politischen Maßnahmen zur weltweiten Umsetzung der Agenda 2030 und der SDGs beitragen und sie nicht behindern. Daher sollen Handlungen und Maßnahmen aller Politikbereiche, beispielsweise der Handels-, Steuer- und Agrarpolitik, auf mögliche negative Auswirkungen auf andere Länder geprüft und diese gegebenenfalls verhindert werden.

### ○ Das EU-Lieferkettengesetz ambitioniert umsetzen

Damit das Gesetz entlang europäischer Lieferketten einen besseren Schutz von Menschenrechten, Klima und Umwelt bewirken kann, braucht es eine unabhängige österreichische Behörde für die Umsetzung und Kontrolle des Gesetzes, die mit ausreichend Personal, Expertise und Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet ist.

### ○ Die Mittel der Austrian Development Agency um jährlich 25 Mio. Euro erhöhen

Um entschieden dazu beitragen zu können, multiplen Krisen vorzubeugen, sie einzudämmen und zu bewältigen, ist Österreich gefordert, die Mittel der Austrian Development Agency jährlich um 25 Mio. Euro zu erhöhen.

### ○ Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen über den EU-Durchschnitt heben

Österreich ist gefordert, seine öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (*Official Development Assistance*, ODA) in einem ersten Schritt über den Durchschnitt der europäischen OECD-DAC-Länder<sup>7</sup> von aktuell 0,47% des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu heben und bis 2028 auf das international vereinbarte Ziel der OECD-Länder von 0,7% des BNE zu erhöhen. Davon sind 0,2 Prozentpunkte für Menschen in den ärmsten Ländern (*Least Developed Countries*, LDCs) der Welt bereitzustellen. Es ist die globale Verantwortung wohlhabender Länder wie Österreich, im Spitzenfeld der Geberländer zu stehen.

### ○ Harmonisierte und transparente Vergabeverfahren sicherstellen

Es braucht ein anhaltendes Commitment zu transparenten Verfahren für die Vergabe von entwicklungspolitischen Mitteln, die entweder in der Austrian Development Agency gebündelt oder zumindest harmonisiert werden. Das betrifft Anforderungen, Formulare und Bewertungskriterien.

## Klimagerechtigkeit als globale Verantwortung priorisieren

Immer häufigere Wetterextreme und klimabedingte Katastrophen führen weltweit zu verheerenden Krisen und stellen uns auch in Österreich zunehmend vor gravierende Herausforderungen. Besonders stark betroffen sind jedoch Menschen in Ländern des Globalen Südens, deren Lebensgrundlagen

<sup>7</sup> Das Development Assistance Committee (DAC) der OECD veröffentlicht jeden April die voraussichtlichen ODA-Quoten der OECD-Mitgliedstaaten für das Vorjahr, wobei die endgültigen Zahlen im Dezember folgen.



## Österreichs globale Verantwortung in einer vernetzten Welt

oftmals bedroht sind und die deswegen ihre Heimat verlassen müssen, um anderswo ein Auskommen zu finden. 3,6 Mrd. Menschen leben in Regionen, die stark von der Klimakrise betroffen sind.<sup>8</sup> Die Zahl derer, die aufgrund dessen Hunger leiden, könnte die Milliardengrenze überschreiten, sollte die globale Erderhitzung um 2°C steigen.<sup>9</sup> Wohlhabende Länder wie Österreich verursachen über 80% der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen<sup>10</sup> und verantworten daher die Klimakrise zum überwiegenden Teil. Gleichzeitig verfügen sie über die gefragten finanziellen und technischen Ressourcen, um sie zu lösen.

→ ***Wir fordern die künftige österreichische Bundesregierung sowie die Abgeordneten zum Nationalrat dazu auf, sich entsprechend der österreichischen Mitverantwortung an der Klimakrise für Klimagerechtigkeit einzusetzen. Zum Beispiel durch zusätzliche Klimaschutz- und Klimafinanzierungsmaßnahmen, die Menschen in Ländern des Globalen Südens dabei unterstützen, sich an die Auswirkungen der Klimakrise anzupassen oder Schäden und Verluste zu bewältigen.***

### Was Sie als Politiker\*in konkret tun können:

#### ○ Ein ambitioniertes EU-Klimaziel verankern

Österreich soll sich für ein ambitioniertes EU-Klimaziel von Netto-Null-Emissionen bis 2040 und sich auf nationaler Ebene für konsequente Maßnahmen einsetzen, um dieses Ziel zu erreichen.

#### ○ Die Mittel für internationale Klimafinanzierung erhöhen

Damit Menschen in Ländern des Globalen Südens widerstandsfähiger gegenüber den Auswirkungen der Klimakrise werden – indem sie zum Beispiel Maßnahmen setzen können, um sich an die Auswirkungen der Klimakrise anzupassen sowie um Schäden und Verluste zu bewältigen –, ist Österreich gefordert, seine internationale Klimafinanzierung zusätzlich zu bereits zugesagten Mitteln zu erhöhen.

#### ○ Klimaschädliche Investitionen in Ländern des Globalen Südens stoppen

Österreich soll sicherstellen, dass keine öffentlichen und privaten Gelder in die Finanzierung von klimaschädlichen Projekten in Ländern des Globalen Südens fließen und stattdessen unter Einhaltung der Menschenrechte den Ausbau erneuerbarer Energieträger sowie Energieeffizienz fördern.

#### ○ Die EU-Entwaldungsverordnung umsetzen

Die EU-Entwaldungsverordnung ist das stärkste vorhandene Instrument für den Schutz globaler Wälder und seiner Bewohner\*innen sowie ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Klimakrise. Daher soll Österreich die Verordnung umgehend und ausnahmslos umsetzen und Kontrollbehörden mit ausreichenden Mitteln ausstatten, um eine strenge Durchsetzung sicherzustellen.

<sup>8</sup> WHO (12.10.2023): Climate change. Abgerufen unter: <https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/climate-change-and-health>, Zugriff am 23.05.2024

<sup>9</sup> Lukas Eichelter (04.12.2018): 3 Lösungen gegen Klimafolgen! So einfach erklärt, als wären sie nicht kompliziert. Abrufbar unter: <https://medium.com/world-food-program-me-insight-german/3-!%C3%B6sungen-gegen-klimafolgen-so-einfach-erk%C3%A4rt-als-w%C3%A4ren-sie-nicht-kompliziert-36e4974c6165>, Zugriff am 23.05.2024

<sup>10</sup> DeStatis (03.11.2022): Treibhausgase: G20 verursachen 81 % der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Abgerufen unter: [https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/umwelt-energie/umwelt/G20\\_CO2.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/umwelt-energie/umwelt/G20_CO2.html), Zugriff am 23.05.2024



## Demokratie fördern und Zivilgesellschaft stärken

Eine nachhaltige Entwicklung und Gerechtigkeit in einer vernetzten Welt setzen lebendige demokratische Strukturen voraus, die von einem aktiven zivilgesellschaftlichen Engagement gestützt werden. Österreichische Organisationen, die sich in der internationalen Entwicklung und Humanitären Hilfe engagieren, leisten dabei sowohl national als auch international einen unverzichtbaren Beitrag. Doch werden Menschenrechtsverteidiger\*innen, die sich weltweit für demokratische, friedliche, gerechte und nachhaltige Gesellschaften einsetzen, in ihrer Arbeit behindert und bedroht. Restriktive Gesetze, staatliche Maßnahmen und willkürliche Gewalt schränken zunehmend die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft ein. Heute leben 97,9% der Weltbevölkerung in Ländern, in denen die Zivilgesellschaft nicht ungehindert agieren kann.<sup>11</sup>

Zivilgesellschaftliches Engagement, speziell im Bereich der Entwicklungspolitik, stärkt die Fähigkeit der österreichischen Bevölkerung, globale Zusammenhänge kritisch zu hinterfragen, und schafft Bewusstsein für demokratische Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten angesichts sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Herausforderungen. In Österreich sind entsprechende Bildungsangebote regional sehr unterschiedlich und es fehlen beispielsweise Möglichkeiten, entwicklungspolitische Themen im Schulalltag zu integrieren. Zudem bleiben Lehrpersonen oft zu wenig Zeit für Fortbildungen zu politischer und demokratischer Bildung, Globalem Lernen oder Bildung für nachhaltige Entwicklung.

→ ***Wir fordern die künftige österreichische Bundesregierung sowie die Abgeordneten zum Nationalrat dazu auf, Projekte zur Stärkung von Zivilgesellschaft und Menschenrechten weltweit sowie zu Bildungs- und Informationsarbeit in Österreich auszubauen. Diese schaffen eine wesentliche Grundlage für nachhaltige Entwicklung und fördern die Demokratie und Zivilgesellschaft.***

### Was Sie als Politiker\*in konkret tun können:

#### ○ Eine lebendige Demokratie durch die politische Mitgestaltung der Zivilgesellschaft fördern

Zivilgesellschaftliche Organisationen spielen eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Armut, Ungleichheiten und Diskriminierung. Sie fördern Bildung, Gesundheit, Menschenrechte und lebendige Demokratien. Um weltweit eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, gilt es, zivilgesellschaftliche Organisationen transparent und umfassend entlang klar kommunizierter Kriterien in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen.<sup>12</sup>

#### ○ Vertreter\*innen von Zivilgesellschaft und Wissenschaft in den Aufsichtsrat der Austrian Development Agency entsenden

Um die Teilhabe aller relevanten Stakeholder\*innen bei der Strategieentwicklung und Ausrichtung der direkten Projekthilfe sicherzustellen, ist es notwendig, Vertreter\*innen zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Organisationen in den Aufsichtsrat der Austrian Development Agency zu

11 CIVICUS Monitor (o.D.): Civic space in numbers. Abgerufen unter: <https://monitor.civicus.org/facts>, Zugriff am 23.05.2024

12 BMKÖS (2023): Praxisleitfaden: Partizipation im digitalen Zeitalter. Ein Leitfaden zur Gestaltung von Partizipationsprozessen entlang des politisch-administrativen Policy Cycles. Abgerufen unter: [https://oeffentlicherdienst.gv.at/wp-content/uploads/2024/01/231220\\_Partizipation-im-digi-Zeitalter\\_A4.pdf](https://oeffentlicherdienst.gv.at/wp-content/uploads/2024/01/231220_Partizipation-im-digi-Zeitalter_A4.pdf), Zugriff am 23.05.2024



## Österreichs globale Verantwortung in einer vernetzten Welt

entsenden. Dieser Schritt gewährleistet, dass ihre Expertise in die Entscheidungsprozesse einfließt und die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit effektiver wird.

### ○ **Bildungs- und Informationsarbeit für Globales Lernen und Menschenrechte fördern**

Bildungsarbeit für Globales Lernen, zu Menschenrechten sowie generelle politische Bildung sind für weltweite nachhaltige Entwicklung entscheidend. Sie tragen dazu bei, Ungleichheiten zu reduzieren, indem sie Wissen über soziale, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen sowie ein Verständnis für komplexe globale Zusammenhänge und kritisches Denken fördern, Handlungsspielräume schaffen und zu Gerechtigkeit in einer vernetzten Welt motivieren. Es bedarf daher einer verstärkten Förderung sowie Sicherstellung von Rahmenbedingungen entwicklungspolitischer Bildungsarbeit in Österreich auf Basis internationaler Verpflichtungen.<sup>13</sup>

### ○ **Zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtsverteidiger\*innen in Ländern des Globalen Südens unterstützen**

Österreich ist gefordert, zivilgesellschaftliche Organisationen in den Ländern des Globalen Südens, insbesondere Selbstvertretungsorganisationen von vulnerablen Gruppen, verstärkt zu unterstützen. Die EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen sollen konkretisiert und in allen österreichischen diplomatischen Vertretungen systematisch und verbindlich umgesetzt werden.

### ○ **Die Direktfinanzierung für Frauenrechts- und feministische Organisationen erhöhen**

Um Geschlechtergerechtigkeit in Ländern des Globalen Südens zu fördern, also zum Beispiel die Handlungsspielräume von Frauen und Mädchen zu vergrößern, sind zusätzliche Mittel für Projekte und Programme der internationalen Entwicklung und Humanitären Hilfe von Frauenrechtsorganisationen notwendig. Besonders relevant ist das für jene Organisationen, die sich gegen mehrfache (intersektionale) Diskriminierung einsetzen und diese bekämpfen. Beispielsweise Formen der Diskriminierung, die viele Frauen mit Behinderungen erleben.

<sup>13</sup> Ende 2022 hat sich Österreich zusammen mit 30 anderen Staaten dazu verpflichtet, entlang der *European Declaration on Global Education to 2050* Globales Lernen bzw. *Global Citizenship Education* zu stärken und zu verbreiten. Siehe ADA (o.D.): Europäische Deklaration für Globales Lernen angenommen. Abgerufen unter: <https://www.entwicklung.at/ada/aktuelles/detail/europaeische-deklaration-fuer-globales-lernen-angenommen>, Zugriff am 23.05.2024